

Presseinformation



Rede wird zu Protokoll gegeben.

TOP 23+38+56+68: Wohnraum in Schleswig-Holstein

Dazu sagt der wohnungspolitische Sprecher
von Bündnis 90/Die Grünen,

Detlef Matthiessen:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 139.17 / 24.03.2017

Unser Credo „Erhalt vor Neubau“ gilt auch für Wohnraum

Als meine Töchter vom Land in die Stadt zogen, haben sie die gleichen Erfahrungen gemacht wie unzählige andere junge Leute, die flügge werden. Bei Wohnungsbesichtigungen in Kiel gab es einen großen Andrang. Der Geldbeutel ist schmal, die Mieten steigen, die Standards sind niedrig und die Nachfrage ist größer als das Angebot.

Es gibt zu wenig bezahlbaren Wohnraum in den Städten und am Hamburger Rand. Gleichzeitig beobachten wir zunehmenden Leerstand auf dem Land.

Der Wohnraum in Studierendenheimen steht ja nicht im luftleeren Raum. Die Knappheit dort korrespondiert mit der Knappheit des Umfeldes. Wir müssen mehr Wohnungen bauen. Wir wollen Wohnraum dort schaffen, wo er wirklich gebraucht wird. Da hilft nur eins:

Bauen, Bauen, Bauen. Mietpreisbremse und andere Restriktionen sind immer nur die zweitbeste Lösung. Schleswig-Holsteins Einwohnerzahl wächst und lässt eine Abkehr von diesen Instrumenten auf absehbare Zeit nicht zu, solange Sanierung und Bauen der Bedarfsentwicklung hinterherhinken. Die Wohngeldreform 2016 brachte einen Anstieg von einem Drittel mehr, davon konnten über zwanzigtausend Haushalte profitieren. Es bedarf vieler verschiedener Instrumente und Kooperationen zwischen Land, Kommunen und Wohnungsbauträgern, um ausgeglichene Märkte zu erreichen.

Die Koalition hat mit 760 Millionen Euro Fördergeldern das größte Wohnungsbauprogramm seit dem Krieg aufgelegt. Aufgrund der günstigen Haushaltsentwicklung des Landes konnten wir im März noch ein zusätzliches Programm mit 34 Millionen Euro einführen. Die Wohnungsmarktprognose weist einen Bedarf von 154.000 Wohnungen bis 2030 aus. Dieses müssen wir auf die Regionen ausrichten, in denen Wohnraum knapp ist.

Diese sind: Kiel, Lübeck, Flensburg und Mittelstädte im Hamburger Rand. Die Baugenehmigungen für fast 16.000 Wohneinheiten des Jahres 2016 übersteigen die des Vorjahres um nahezu dreißig Prozent. Das bedeutet siebzig Prozent mehr Mietwohnungen. Das sind beeindruckende, gute Zahlen und dennoch reichen sie nicht.

Wir wollen zusätzliche Maßnahmen ergreifen mit Planungshilfen für Kommunen und einem zusätzlichen Angebot an günstigem Bauland dort, wo Landesliegenschaften vorhanden sind. Wir wollen auch Wohnungsbaugenossenschaften unterstützen.

Wohnungsbau bedeutet immer auch Flächenverbrauch und Eingriff in Landschaft und Natur. In diesem Zielkonflikt wollen wir auch mit Nachverdichtung und Dachgeschossausbau mehr Wohnraum flächenschonend schaffen.

Wer baut, verbraucht Fläche. Der Flächenverbrauch wurde nach wie vor wenig gebremst. Siedlung, Verkehr, Gewerbe, Energie, Freizeit verlangen Fläche und drücken auf Landwirtschaft und Natur. Fläche ist nicht vermehrbar.

Unser Credo „Erhalt vor Neubau“ gilt daher nicht nur für Straßen, sondern auch für Wohnraum.

Gerade für ältere Menschen sollten Programme gebündelt werden, wie zum Beispiel barrierefreies Wohnen, wärmetechnische Sanierung und Vorbeugung gegen Einbruchskriminalität. Wir haben schon viel getan, um dem Wohnungsmangel entgegenzuwirken. Und wir werden nicht nachlassen! Vielen Dank an das Sozialministerium für den Bericht zum Studierendenwohnraum!

Wir fördern neben klassischen Studierendenwohnheimen auch innovative Wohnkonzepte. Zum Beispiel gibt es durch das Projekt „Wohnen für Hilfe“ Wohnpartnerschaften zwischen älteren Menschen und Studierenden. Baugemeinschaften und gemeinwohlorientierte Projekte, die oft auch Mobilität und Energieversorgung umfassen, müssen zukünftig noch besser unterstützt werden.

Zur Förderung von bezahlbarem und studentischem Wohnraum gibt es auch finanzielle Hilfe. Für Wohnheimträger gibt es zinsgünstige Baudarlehen von der Investitionsbank. Im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung für die Kommunen stellt das Land in den Jahren 2015 bis 2018 insgesamt 316 Millionen Euro zur Verfügung und ab 2016 wurde der Betrag sogar mehr als verdoppelt. Zudem wurde auch die Umwandlung von Gewerbe- und Büroräumen in die Förderung aufgenommen.

An runden Tischen wird jeweils der regionale Bedarf unter die Lupe genommen. Die Kooperation von der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR (GMSH) und örtlichen Bauträgern wird weiter gestärkt. Der Landesentwicklungsplan und die Regionalpläne sollen die rechtliche Grundlage bleiben. Einen planlosen Wildwuchs, wie die CDU ihn fordert, lehnen wir ab.

Ein Fokus liegt bei internationalen Studierenden und Menschen mit Migrationshintergrund, denn sie werden oft mit besonders hohen Hürden bei der Wohnungssuche konfrontiert. Im Haushalt haben wir für Neubauprojekte, Sanierungen und den Bau von Integrationshäusern für Studierende und Geflüchtete drei Millionen Euro verankert. Sehr positive Erfahrungen konnten bereits gemacht werden, als in der Notunterkunft für Geflüchtete in der ehemaligen Marinefachschule Kiel auch Studierende eingezogen sind.

Nicht nur Studierende haben es schwer auf dem Wohnungsmarkt. Es werden auch

mehr barrierefreier Wohnraum und generell Sozialwohnungen benötigt. Viele Sozialwohnungen unterliegen nicht mehr der Mietpreisbindung. Die entstandene Lücke muss geschlossen werden.

Die Mietpreisbremse ist ein Instrument um besonders schnell ansteigende Miete in bestimmten Stadtvierteln oder am Hamburger Rand abzufedern. Doch in diesen Gegenden muss es auch neuen bezahlbaren Wohnraum geben um das Grundproblem zu entschärfen.

Der Abbau von Energiestandards bei Neubauten oder die Absenkung der Grunderwerbssteuer, wie die FDP es fordert, sind Maßnahmen, die zu Lasten der Menschen gehen. Besonders arme Menschen sind auf Energieeinsparungen und öffentliche Infrastrukturleistungen angewiesen, die auch aus der Grunderwerbssteuer finanziert werden. Den Kommunen würden bei Wiederabsenkung dieser Steuer 25 Millionen Euro in der Kasse fehlen.

Wie ernst und pragmatisch der soziale Wohnungsbau angegangen wird, zeigt sich auch mit der haushaltsgesetzlichen Ermächtigung zum Verkauf des Grundstücks an der Kronsfordter Landstraße in Lübeck. Dort ist ein Anteil von Sozialwohnungen von dreißig Prozent verankert. So sehen konstruktive Lösungen aus!
